

Tschechien

Kristina Larischová

Die innenpolitische Lage in Tschechien war im Berichtszeitraum durch hohe Instabilität gekennzeichnet. Vor allem die seit den Wahlen 2002 stärkste Regierungspartei, die Sozialdemokratie (CSSD), litt unter internen Krisen. Zwischen Juni 2004 und April 2005 wechselten sich im Ministerpräsidentenamt drei Sozialdemokraten ab (Vladimir Spidla, Stanislav Gross und Jiri Paroubek). Das linksliberale Kabinett besteht aus drei Parteien (CSSD, KDU-CSL – die Christdemokraten und US – die Freiheitsunion), wobei es weiterhin nur über eine Stimme Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügt. Die wichtigsten Ereignisse waren neben dem EU-Beitritt am 1.5.2004 die ersten Europawahlen (Juni 2004) und die Bezirks- und Senatswahlen (November 2004) – wobei beide Wahlen durch die Öffentlichkeit als zweitrangige Wahlen wahrgenommen wurden. Die unter einer geringen Wahlbeteiligung von 28,3 % abgehaltenen Europawahlen bedeuteten eine schwere Niederlage für beide Regierungsparteien: die CSSD konnte nur zwei von insgesamt 24 Mandaten gewinnen und die US erhielt kein Mandat. Es handelte sich daher um eine Protestwahl gegen die Regierung. Eindeutige Sieger der Europawahl waren die zwei euroskeptischen Oppositionsparteien (ODS – die Bürgerdemokraten und KSCM – die Kommunisten) und zwei neue von den so genannten Unabhängigen zusammengesetzte Parteien.

Der Misserfolg bei den Europawahlen führte Ende Juni 2004 zum Rücktritt der Regierung Spidla. Nach einigen Wochen Unsicherheit wurde die Dreierkoalition unter der Führung des Sozialdemokraten Gross fortgesetzt. Die Senats- und Bezirkswahlen brachten einen neuen eindeutigen Erfolg der beiden Oppositionsparteien. Anfang des Jahres 2005 entstand eine viermonatige politische Krise, die aufgrund der undurchsichtigen Immobilienfinanzierungen der Familie Gross den Rücktritt des Ministerpräsidenten als Konsequenz hatte. Die Mehrheit der politischen Kräfte wollte vorgezogene Wahlen vermeiden. Es wurde daher eine weitere Regierung unter dem früheren Minister für Regionalentwicklung, Jiri Paroubek, mit der denkbar knappsten Mehrheit gebildet (25. April 2005). Die linksliberale Koalition wurde mit der Reform der defizitären öffentlichen Finanzen konfrontiert und setzte noch in der zweiten Hälfte 2004 wichtige Gesetze im Bereich der Beschäftigung, Bildung und Steuern durch. Kühnere Schritte auf dem Gebiet der Renten- und Gesundheitsreform blieben jedoch aus.

Positive Bilanz des ersten Jahres in der EU

Die Bilanz nach einem Jahr Mitgliedschaft war deutlich positiv. Die negativen Szenarien der Skeptiker (Preissteigerung, Immobilienausverkauf an „alte“ EU-Bürger usw.) haben sich nicht bewahrheitet. Eine Zunahme der Belastung durch den LkW-Verkehr um 50 % ist die einzig sichtbare negative Folge des Beitritts. Tschechien hat jedoch bisher laut Experten die Möglichkeit nicht ausreichend genutzt, zu einem aktiven EU-Staat zu werden. Die tschechische Rolle bei EU-Gipfeln oder Ministerratssitzungen war eher passiv, was u.a. auf den fehlenden innenpolitischen Konsens zurückzuführen war. Die Wirtschaft ist um 4% gewachsen, bei einer Inflation von 1,7 %. Damit erlebt Tschechien die stärkste Konjunktur

in letzten acht Jahren. Der Beitritt spiegelt sich auch in einer spektakulären Belebung des Außenhandels wider. Importe und Exporte wuchsen 2004 um mehr als 20 %. Trotz des massiven Zuflusses ausländischer Direktinvestitionen, die 2004 das höchste Niveau aller Transformationsländer erreichten, ist es nicht gelungen, die Arbeitslosenquote (10,2 %) zu verringern. In der wirtschaftlichen Leistungskraft (BIP/Kopf) liegt die Tschechische Republik bei 75 % des EU-Durchschnitts. Die Europäische Kommission hat dem tschechischen Konvergenzprogramm, das Haushaltsdefizit bis 2008 auf die Maastrichter 3 % des BIP zu reduzieren, zugestimmt, forderte aber zu ambitionierteren Reformen auf und kritisierte das Ausbleiben der Renten- und Gesundheitsreform im Lichte der negativen demographischen Entwicklung. Sie wies auch auf die ungünstige Entwicklung der Staatsschuld (ca. 38 % des BIP) hin. Die Tschechische Republik plant ihren Euro-Beitritt für 2010, wobei eine Eingliederung in den Europäischer Wechselkursmechanismus nicht vor 2007 vorgesehen ist.

Die Europa- und Außenpolitik

Auf dem Gebiet der Außen- und Europapolitik blieb der Kurs trotz der innenpolitischen Krisen stabil und die Tschechische Republik konzentrierte sich auf den Europäischen Verfassungsvertrag. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und Opposition bezüglich des Mandates für die Verhandlungen im Rat. Prag versuchte, die Positionen mit anderen kleineren und mittleren Staaten zu koordinieren, mit dem Ziel, den Entwurf der irischen Präsidentschaft zu revidieren. Die tschechische Opposition von rechts und links ist europaskeptisch und vor allem die ODS attackierte systematisch den Verfassungsvertrag, was zur Spannung innerhalb der EPP-ED beigetragen hat. Der ODS-Ehrenvorsitzende und Staatspräsident, Klaus, wurde durch seine gezielte Kampagne gegen den Vertrag zum Sprachrohr seiner Gegner. Klaus ist gleichzeitig der einzige Spitzenrepräsentant eines Mitgliedstaates, der sich vehement gegen den Vertrag stellt. Die Art und Weise der Argumente des Präsidenten gegen den Verfassungsvertrag haben im April 2005 eine scharfe Kritik seitens zweier MdEPs¹ provoziert. Diese Kritik wurde von Klaus als Beleidigung eines Mitgliedstaates interpretiert. Diese Krise spitzte sich zu, als er erfolglos eine Entschuldigung vom EP-Präsidenten einforderte. Die ODS wurde sich im Laufe des Jahres 2005 zunehmend bewusst, dass sie ihre pro-europäische Wählerschaft riskiert. Die meisten Landeshauptmänner sind ODS-Politiker und sehen konkrete positive Folgen des EU-Beitritts in Form von EU-Geldern.

Alle Spitzenkandidaten für die EP-Wahlen plädierten für die Beibehaltung des nationalen Vetos im Bereich der GASP/ESVP, Steuern und Sozialpolitik. Infolge der euroskeptischen Vertretung Tschechiens im EP lehnten 15 von 24 MdEP bei der parlamentarischen Abstimmung den EUVV ab. Im Eurobarometer vom Juli 2004 führte Tschechien bei der öffentlichen Unterstützung des EUVV gemeinsam mit Großbritannien und Dänemark die Liste der drei skeptischsten EU-Länder.² Infolge der tiefen europapolitischen Spaltung der innenpolitischen Szene blieb während des gesamten Berichtszeitraumes unklar, ob und wann ein Referendum stattfinden sollte. Die innenpolitischen Verhältnisse verursachten Spannungen bei der Besetzung der Stelle in der Kommission. Innerhalb von zehn Monaten wurden drei Politiker vom Abgeordnetenhaus bestätigt. Nach dem Rücktritt des MP Vladimír Špidla hat dieser seit November den Posten des Kommissars für Arbeit und

1 Konservativer Roca Vidal-Quadras und Sozialist Jo Leinen.

2 Während des Berichtszeitraumes gab es jedoch eine leichte Mehrheit für den Europäischen Verfassungsvertrag. Erst nach den Referenden in Frankreich und Niederlanden hat die Zustimmung stark abgenommen.

Soziales in der neuen EK übernommen. Spidla hat Gleichstellungspolitik und Demographie zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gemacht.

Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der Visegrád-Gruppe (V4) sollte künftig auf die neue östliche EU-Nachbarschaft und die Balkanländer abzielen³. Die V4-Länder lehnten gemeinsam den EU-Haushaltsentwurf der luxemburgischen Präsidentschaft ab, die Ersparnisse vorsah. V4-Länder haben die Grenze von 4 % des BIP für Schöpfung der Regionalfonds zur Bedingung einer künftigen Übereinstimmung gemacht. Die Eingliederung in die GASP/ESVP verlief reibungslos⁴. Prag hatte von vornherein deklariert, dass es auf dem Balkan, im Nahen Osten und auf dem Kaukasus aktiv sein möchte. Die Tschechische Republik hat sich verpflichtet, zum Aufbau einer mit Österreich und Deutschland gemeinsamen „Battle group“ bis 2008/09 mit 350-500 Soldaten beizutragen. Dieselbe Kampfkraft sollte der NATO sowie der EU zur Verfügung stehen.⁵ Hinsichtlich eines türkischen und kroatischen EU-Beitritts herrschte in der CR eine positive Übereinstimmung (wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen). Da sich die Befürchtungen vor einer massiven Arbeitsmigration aus den neuen in die alten EU-Staaten nicht bewahrheitet haben, kritisierten die Tschechische Republik gemeinsam mit Polen die Übergangsfristen auf den EU-Arbeitsmärkten. Darüber hinaus gab es Kritik an der angeblichen Diskriminierung von Firmen aus den neuen Mitgliedstaaten im Dienstleistungssektor der alten EU.

Ausschöpfung von EU-Geldern

Die Netto-Einnahmen aus der EU haben 2004 nach Schätzungen der Europäischen Kommission 244 Mio. Euro erreicht. Die Regierung und die EU haben vereinbart, dass die Tschechische Republik über ein Gemeinsames Regionales Operationsprogramm und vier sektorale Operationsprogramme verfügen wird. Das Programm Industrie und Unternehmertum gehört zu den Zuständigkeiten des Industrie- und Handelsministeriums, die Entwicklung der Humanressourcen wird durch das Arbeitsministerium verwaltet und die Infrastrukturprogrammverwaltung wird gemeinsam durch das Verkehrs- und Umweltministerium ausgeübt. Das Programm Entwicklung der ländlichen Gebiete und multifunktionelle Landwirtschaft bleibt unter der Ägide des Agrarministeriums. Laut Eurostat erzielten die tschechischen Landwirte im 2004 den größten Gewinn unter allen EU-Landwirten.⁶

Für 2004 haben die tschechischen Landwirte durch die 25 %-Direktzahlungen 186 Mio. Euro kassiert; mit dem staatlichen Zuschuss erreichen die Direktzahlungen ca. 48 %. Die Projektzahlungen aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds werden weiterhin 1 % des BIP darstellen. Im auslaufenden Phare-Programm musste die Europäische Kommission die Auszahlungen zwischen August und Dezember 2004 einstellen, weil sich die Tschechische Republik weigerte, das EDIS-System⁷ einzuführen. Das erste Jahr der EU-Mitgliedschaft wurde durch Verwirrungen und Verzögerungen der meisten Programme begleitet. Tschechien hat bis April 2005 ca. 300 Mio. Euro aus den Strukturfonds erhalten, wobei nur wenige Gemeinden oder Firmen das Geld im Berichtszeitraum tatsächlich

3 Kromeriz-Treffen vom 12. 5. 2004.

4 Ausnahmsweise hat sich die Tschechische Republik sichtbar gemacht, wie etwa als Tschechien gemeinsam mit Polen im Januar 2005 die Milderung der EU-Position gegenüber dem kubanischen Regime abgelehnt haben.

5 Zuletzt CTK, 18. 3. 2005

6 Mitteilung der Kommission vom 17. 12. 2004 zur Eurostat-Schätzung sprach über den Einnahmewachstum um 108%.

7 Durch EDIS wurde die Verantwortung für die Auswahl und Finanzierung der Projekte von der Europäischen Kommission auf die Tschechische Republik als volles Mitglied übertragen.

bekommen haben. Schwach waren die Ergebnisse auf dem Gebiet der Humanressourcen, wo die Programme mit großer Verspätung in Gang gesetzt wurden. Experten kritisierten die mangelnde Vorbereitung der zuständigen Beamten, die fortlaufende Änderung der Projektbedingungen und eine niedrige Effizienz bei der Ausschöpfung der Gelder.

Harmonisierungsherausforderungen

Nach der Juli-Übersicht der Europäischen Kommission zur Harmonisierung der Binnenmarktlegislative rangierte Tschechien vor Malta an vorletzter Stelle, wobei für die meisten Mängel das Gesundheits-, Landwirtschafts- und Umweltministerium gemeinsam mit dem langwierigen parlamentarischen Gesetzgebungsprozess verantwortlich waren. Prag ist zu Jahresbeginn 2005 sogar auf die schlechteste Position unter allen EU-25 gerutscht,⁸ wenn es sich auch innerhalb von zwei Monaten an 19. Stelle vorgearbeitet hat. Während des Berichtszeitraumes gab es keine Sanktionen seitens der EU. Die wegen der EU-Rechtsverletzungen eingeleiteten Prozeduren waren marginal. Konflikte in den Beziehungen zur Europäischen Kommission gab es während des ersten Jahres Mitgliedschaft insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft und des Verkehrs. Die Tschechische Republik nahm eine negative Haltung zur geplanten Reform des EU-Zuckerregimes ein, die ab 2006 gelten sollte.⁹ Die Tschechische Republik hat als vorletzter Mitgliedsstaat im September 2004 (infolge von Obstruktionen seitens der Opposition und des Staatspräsidenten) den europäischen Haftbefehl kodifiziert und ist der einzige Staat, wo sich der Befehl nicht auf Straftaten vor seinem Inkrafttreten bezieht. Weitere legislative Mängel gab es im Bereich der Liberalisierung des Energiemarktes und des ausbleibenden Telekommunikationsgesetzes. Die Ermittlungen der Europäischen Kommission wegen staatlicher Beihilfen fielen in 15 Fällen auf dem Gebiet des Bankwesens günstig für die Tschechische Republik aus; zwei Fälle¹⁰ sind noch in Gang. Bezüglich der Lissabon-Agenda liegt Tschechien im Unternehmensmilieu sowie bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und für das Schulwesen zurück. Die Eingliederung Tschechiens ins Schengen-Regime wird infolge der Verspätung bei der Einführung des Informationssystems SIS II auf 2007 verschoben. Die Visegrád-Länder beabsichtigen, sich zum gleichen Zeitpunkt Schengen anzuschließen.

Weiterführende Literatur

Peter Havlik / Leon Podkaminer / Vladimir Gligorov: Accelerating GDP Growth, Improved Prospects for European Integration, wiiw Research Reports No. 314, March 2005.

Petr Drulák / Lucie Königová: The Czech Republic: from Socialist Past to Socialise Future, in: Trine Flockhart (Hrsg.): Socialising Democratic Norms. The Role of International Organisations for the Construction of Europe, Palgrave 2005, S. 149-168.

Jan Karlas / Petr Kratochvíl: Czechoslovakia / Czech Republic and European Integration: During and After the Cold War, in: Journal of European Integration History, 2004, Vol.10, No.2, S. 25-42.

Positionen der Tschechischen Republik (analysiert von Petr Kratochvíl / Petr Pavlík) in: EU-25 Watch, No. 1 – December 2004, Institut für Europäische Politik, Berlin, unter: <http://www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/index.htm>.

Analysen des Institutes EUROPEUM, unter: <http://www.europeum.org/EN/analyses.asp>

⁸ Laut CTK vom 27. Jan. 2005 handelte sich um ein Defizit von 151 Richtlinien.

⁹ Diese würde die Tschechische Republik vom Zuckerelexporteur zum Importland machen.

¹⁰ Die Garantien für die Agrobanka und der Beihilfen für Trinec-Eisenwerk.